

Stellungnahme zur Netzentgeltstruktur - Konsultation

23. Mai 2016

Zum Konsultationsdokument „Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Strombereich (Tarife 2.0)“ von Februar 2016 erlauben wir uns, wie folgt Stellung zu nehmen:

In Österreich werden Stromerzeuger mit Netzgebühren belastet, welche in unseren Nachbarländern nicht zu leisten sind und auch nicht auf Stromimporte eingehoben werden. Damit wird die heimische Erzeugung im Vergleich zur Stromerzeugung im Ausland benachteiligt. Die Folgen sind steigende Energieimporte, ein negativer Anreiz für den Anlagenbetrieb und nachteilige volkswirtschaftliche Auswirkungen, da heimische Erzeugung limitiert wird.

Die Belastungen für Windenergieerzeuger durch die Netzgebühren (Systemdienstleistungsentgelt, je nach Netzebene und Bundesland differenziertes Netzverlustentgelt sowie Kosten für die Primärregelung) haben durch die deutliche Steigerung der letzten Jahre ein schmerzhaftes Ausmaß angenommen. Für Windkraftbetreiber, welche noch in der Tariflaufzeit sind und somit eine Förderung über Einspeisetarife erhalten, belaufen sich diese Netzgebühren auf ca. 3,3 % bis 4,8 % der Erlöse (je nach Netzebene, Bundesland und Einspeisetarif). Für Windkraftbetreiber mit älteren Anlagen (10 bis 13 Jahre und älter), welche keine Förderung mehr erhalten und bei der Öko-Bilanzgruppe der OeMAG geblieben sind, machen diese Netzgebühren bereits 18,8 % bis 22,8 % der Erlöse aus. Diese Kostenbelastung ist damit eine entscheidende Frage, ob Anlagen nach der Einspeisetariflaufzeit noch wirtschaftlich weiter betrieben werden können, und führt zu großer Zurückhaltung bzw. Unsicherheit bei Reinvestitionen.

Insbesondere angesichts der Bestrebungen, einen gemeinsamen europäischen Strommarkt zu schaffen und angesichts der Tatsache, dass Österreich bereits mit Deutschland und Luxemburg auf einem gemeinsamen Strommarkt ist, stellen marktverzerrende Gebühren zulasten heimischer Erzeuger einen eindeutigen Wettbewerbsnachteil für die österreichische Stromerzeugung dar.

1. Abschaffung des Netzverlustentgelts für Erzeuger

Das Konsultationsdokument kommt zum Ergebnis, dass beim Netzverlustentgelt derzeit keine Änderung erforderlich sei.

Zum einen ist hier anzumerken, dass die Einhebung von Netzverlustentgelt von Erzeugern sachlich nicht gerechtfertigt ist. Der Steuerungseffekt von Netzentgelten für Erzeuger ist in Österreich zu vernachlässigen: die Erfahrung zeigt, dass der Zubau nahe den Verbrauchszentren erfolgt. In Fällen von Wasserkraft oder Windkraft richtet sich der Kraftwerksstandort logischerweise nach dem Primärenergieträgervorkommen. Die windhöffigen Standorte in Ostösterreich sowie die Laufkraftwerke an großen Flüssen fallen im Ergebnis jedoch auch mit einem hohen Verbrauch in der Region (wenn vielleicht nicht in unmittelbarer geografischer Nähe) zusammen. Darüber hinaus ist darauf zu verweisen, dass auch hinsichtlich der Versorgung von Kunden das Solidaritätsprinzip gilt und weit abgelegene Verbraucher zu gleichen Preisen angeschlossen werden müssen. Im Gegenteil wird ein negativer Anreiz für die Installation von Kraftwerken an ertragreichen Standorten gesetzt, was einen langfristigen Ausfall von sauberer Stromerzeugung bedeutet.

Zur Frage, ob Anschlüsse von Erzeugern auch Verluste verursachen, ist festzustellen, dass Erzeuger gleichzeitig auch verlustmindernd arbeiten bzw. arbeiten könnten (Bereitstellung von Blindleistung u.ä.). Wenn die Verursachung von Netzverlusten sanktioniert wird, müsste im Gegenzug dazu auch die Senkung von Netzverlusten belohnt werden, ähnlich wie dies etwa in Deutschland geschieht.

Auch das Consentec/Bogner Gutachten kommt zur Schlussfolgerung, dass Einspeisungen nicht mit Netzverlustentgelt zu belasten seien. Das Konsultationsdokument selbst zitiert auf Seite 40 eine Position von ENTSO-E, der zufolge die Erhebung einer G-Komponente Einfluss auf die Merit Order haben und den Elektrizitätsbinnenmarkt beeinflussen könnte. Dies wird auch von ACER und CEER wie auch in diversen Studien bestätigt.

Zur **Höhe der Netzverlustentgelte** für Erzeuger sei darauf verwiesen, dass in zahlreichen Gerichtsverfahren der letzten Jahre unabhängige Gutachter in der Regel zum Ergebnis kamen, dass die verordneten Entgelte deutlich zu hoch waren und nur 20 bis 50 % der Entgelte angemessen waren. Es stellt sich die Frage, wie Netzverluste derzeit transparent und verursachergerecht aufzuteilen sind. Die derzeitige Kostenerstattung für Netzbetreiber sieht vor, dass ein sinkender Anteil an den operativen Kosten (OPEX) und der Investitionsanteil (CAPEX) refundiert wird. Insofern ergibt sich kein Anreiz, verlustreduzierende Maßnahmen zu setzen, wenn diese vollständig erstattet werden (Unterstützung durch Erzeuger, Ortsnetztrafos etc.).

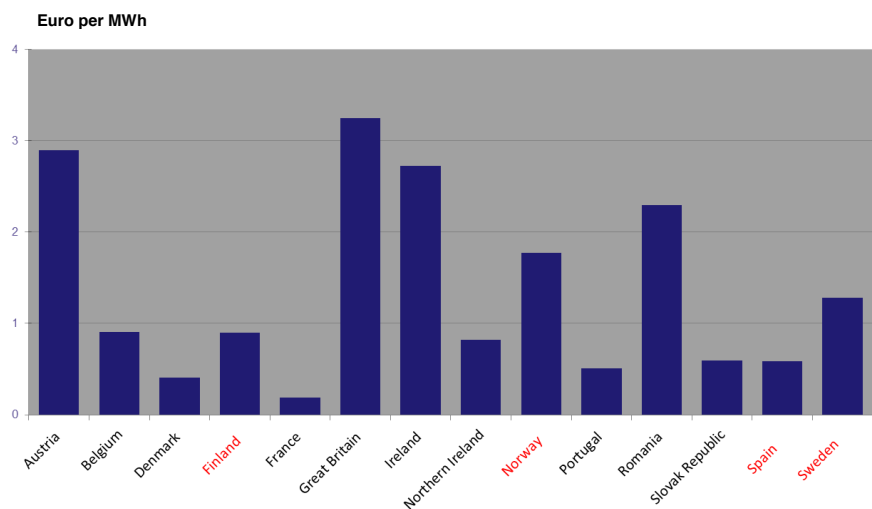
Zur **De-minimis Schwelle von 5 MW** sei angemerkt, dass hier keinesfalls eine Abschaffung dieser Schwelle erfolgen sollte, weil gerade kleine Anlagen auf hohen Netzebenen zur Vermeidung von Verlusten beitragen. Zudem handelt es sich hierbei vorwiegend um auf erneuerbarer Energie beruhende Erzeugungsanlagen.

In Österreich werden Stromerzeuger mit Netzgebühren (Systemdienstleistungsentgelt, Primärregelleistung und Netzverlustentgelt) belastet, welche in unseren Nachbarländern nicht zu leisten sind und auch nicht auf Stromimporte eingehoben werden. **Damit wird die heimische Erzeugung im Vergleich zur Stromerzeugung im Ausland benachteiligt.**

G-Komponenten im europäischen Vergleich - G-Komponenten bezeichnet jene Kosten für die Stromübertragung, die von Stromerzeugern getragen werden. (in Cent/kWh)

Quelle: ENTSO - E Overview of transmission tariffs in Europe: Synthesis 2015

Chart 7.2. G components of the TSO components of the Unit Transmission Tariffs in 2015

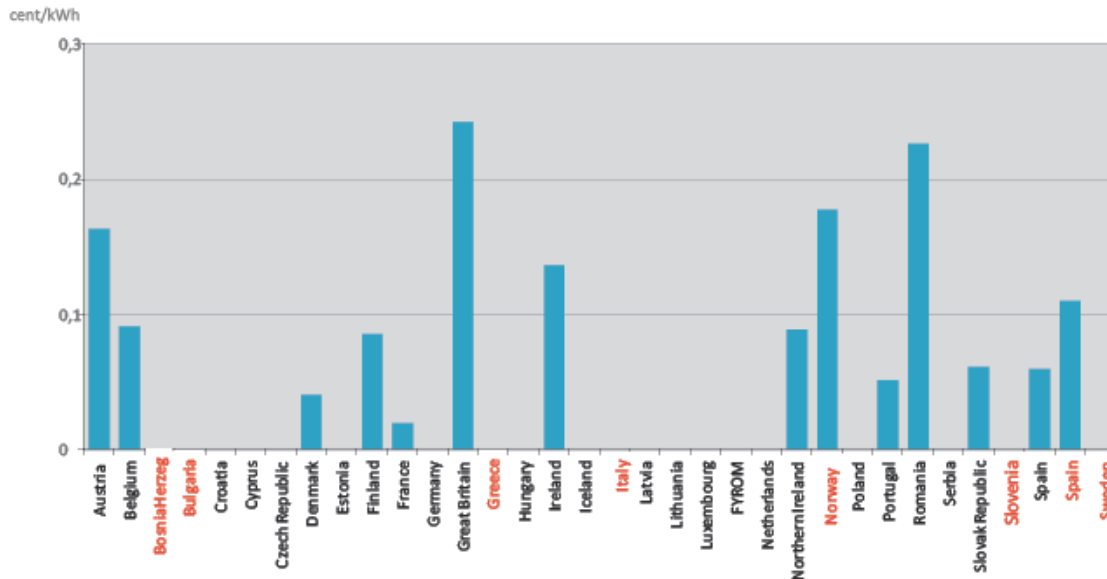


Zwar gibt es einige europäische Staaten, in welchen von Erzeugern Netzgebühren eingehoben werden. Für den österreichischen Stromhandel und die Wettbewerbsfähigkeit bei diesem Handel sind jedoch jene Länder relevant, die sich im gemeinsamen Handelsbereich der Leipziger Strombörse befinden (vor allem Deutschland, dessen Nachbarländer und Italien). Gerade in diesen Ländern sind die Stromerzeuger nicht durch solche Netzkosten belastet, weshalb sie in der oben angeführten Grafik gar nicht aufscheinen. Dadurch ergibt sich ein klarer Wettbewerbsnachteil der österreichischen Stromerzeuger gegenüber den ausländischen Mitbewerbern, die im

selben Marktgebiet agieren. Dies ist noch besser aus der folgenden Grafik ersichtlich, welche dem ENTSO – E Bericht aus 2014 entnommen ist. Hier sind alle europäischen Länder angeführt.

G-Komponenten im europäischen Vergleich

Quelle: ENTSO - E Overview of transmission tariffs in Europe: Synthesis 2014



Der Vergleich beider Grafiken zeigt deutlich, dass Österreich bei der Belastung der eigenen Stromerzeuger inzwischen auf Platz 2 aufgerückt ist. Der 2016 erfolgte Anstieg von SDLE und Netzverlustentgelt wird dazu beitragen, dass wir im Jahr 2016 vielleicht europäischer Spitzenreiter sein werden.

Selbst der Verband der europäischen Regulatoren (ACER), in welchem wesentliche Personen der E-Control führende Positionen inne haben, führt in einem Positionspapier von April 2014 an, dass in einem zunehmenden gemeinsamen Energiemarkt in Europa die unterschiedlichen G-Komponenten eine Marktverzerrung darstellen und daher die Netzgebühren für Erzeuger abgebaut und harmonisiert werden sollten (siehe: Opinion of the Agency for the Cooperation of Energy Regulators No 09/2014, 15.4.2014):

http://www.acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Opinions/Opinions/ACER%20Opinion%2009-2014.pdf

. Aus Sicht des Verbandes ist die Einhebung der sogenannten G-Komponente kritisch. Insbesondere deswegen, weil solche Entgelte die Umsetzung des internen Marktes der Union verzögern sowie auch die Wettbewerbsfähigkeit regional stark beeinflussen können, müssen diese sehr transparent und nachvollziehbar dargelegt werden.

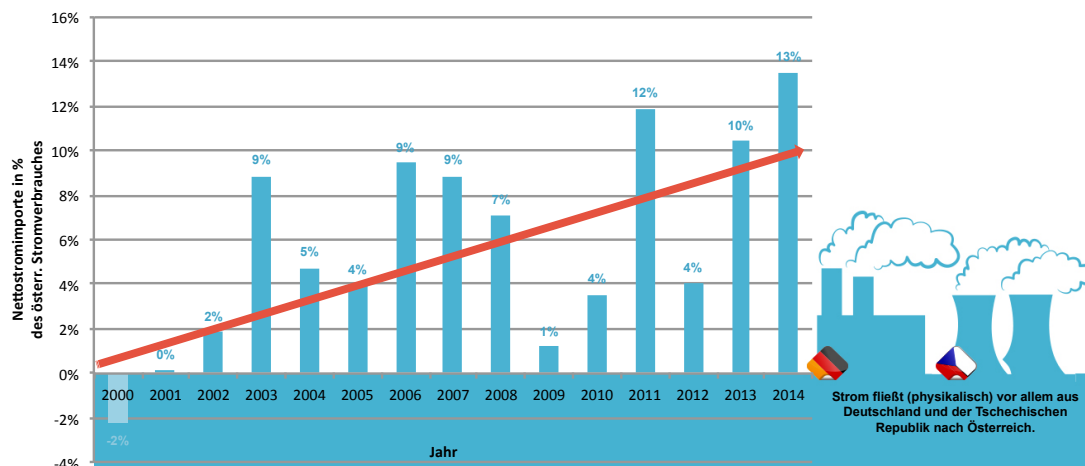
Es ist befremdlich, dass diese Empfehlung von ACER seitens der E-Control nicht einmal erwähnt wird. Die geforderte Beibehaltung des Netzverlustentgelts widerspricht damit der ACER Empfehlung, und zwar ohne substantiierte Begründung. Eine Änderung beim Netzverlustentgelt wird laut E-Control derzeit nicht als erforderlich gesehen, „eine Benachteiligung von Einspeisern im internationalen Wettbewerb lasse sich in Anbetracht komplexer, nicht vergleichbarer Regulierungssysteme sowie anderer relevanter Regelungsbereiche (Steuerrecht etc.) schwer abschätzen.“ Eine Benachteiligung der österreichischen Einspeiser ist jedoch aus Sicht der IG Windkraft klar darstellbar, vgl. dazu die in den Grafiken dargestellten Zahlen von ENTSO-E. Die Argumentation der E-Control ist insofern nicht schlüssig, als sich Österreich gemeinsam mit Luxemburg und Deutschland im liquidesten und größten europäischen Strommarktgebiet befindet. Angesichts der allein auf diesem Markt existierenden Überkapazität von ca. 60 GW stellt jede Kostenbelastung eine einseitige Schlechterstellung österreichischer Stromerzeugung auf einem ohnehin übersättigten Markt dar.

Die Diskriminierung der heimischen Erzeuger trägt de facto auch zu einem Anstieg der Stromimporte bei. In der Vergangenheit wurde in Österreich über das Jahr gesehen mehr Strom erzeugt, als verbraucht wurde. Seit dem Jahr 2001 ist Österreich ein Netto-Import Land. Wir importieren über das Jahr gesehen mehr Strom, als wir exportieren. Betrag der Stromimportüberhang in den letzten Jahren immer ca. 5 bis 10 % der Stromversorgung, so

ist dieser Trend in den letzten Jahren steigend und im Jahr 2014 neuerlich deutlich angestiegen. Der Anteil der Netto-Stromimporte betrug 2014 bereits 13,5 %.

Österreichischer Nettostromimport

2014 war die Abhängigkeit durch Stromimporte mit 13,5 % (9.275 GWh) des österreichischen Stromverbrauches so hoch wie noch nie



Quelle: Energie-Control Austria, Physikalische Importe minus Exporte

Betrachtet man hingegen etwa die Situation in Deutschland, so zeigt sich eine konträre Entwicklung. Deutschland ist seit ca. 2001 ein Exportland für Elektrizität geworden und der Exportüberhang Deutschlands betrug im Jahr 2013 34 TWh - fast die Hälfte des österreichischen Stromverbrauches. Im ersten Halbjahr 2015 betrug er 27 TWh.

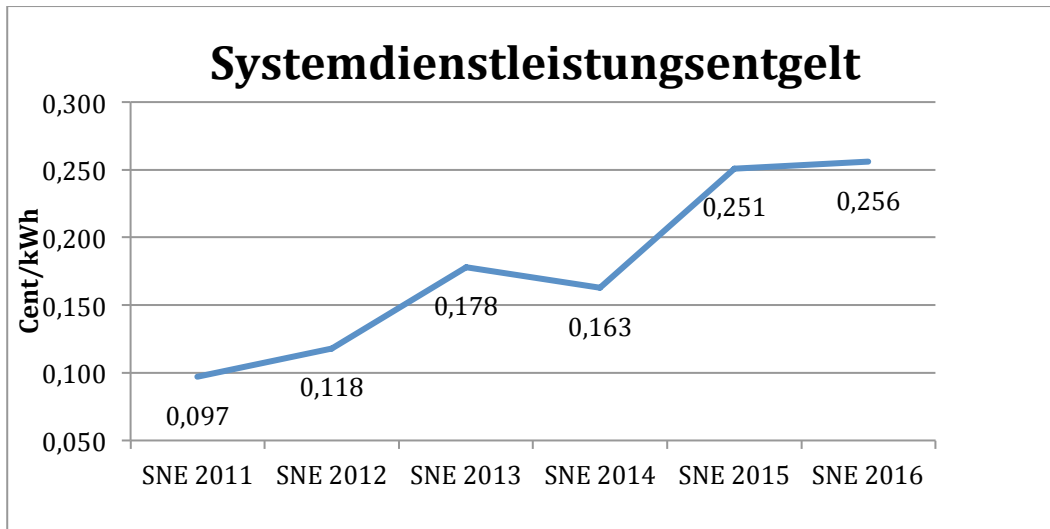
FAZIT: Das Netzverlustentgelt für Erzeuger muss abgeschafft werden.

Jedenfalls muss auch bei eventuell unveränderter Gesetzeslage bei der nächsten Festsetzung der Netzverluste die Belastung der Erzeuger mit Netzverlustentgelt – wie die Gutachten und Urteile der in dieser Sache erfolgten Gerichtsverfahren gezeigt haben - eine deutliche Reduktion um mindestens 50 % erfolgen. Eine Ausweitung auf Erzeuger unterhalb der 5 MW-Schwelle wird abgelehnt.

2. Systemdienstleistungsentgelt

Das Konsultationsdokument empfiehlt beim SDLE keine akute Änderung, jedoch eine laufende Evaluierung, insbesondere auch hinsichtlich der De-minimis Schwelle von 5 MW, sowie eine Analyse der Kostenaufteilung der 78/22 Regelung.

In den Jahren von 2011 bis 2016 ist das Systemdienstleistungsentgelt auf 265 % gestiegen, was beinahe einer Verdreifachung entspricht.



Die Höhe des festgelegten Entgelts ist für Marktteilnehmer nicht nachvollziehbar und den Erläuterungen der verschiedenen Verordnungen waren in der Vergangenheit keine Hinweise auf Berechnungsansätze oder Mengengerüste zu entnehmen.

Der deutliche Anstieg der letzten vier Jahre ist insbesondere auf die Neuorganisation der Aufbringung der Sekundär- und Tertiärregelenergie zurückzuführen. Immer noch gibt es im Ausgleichs- und Regelenergiemarkt in Österreich zu wenig aktive Marktteilnehmer, die Preise liegen für einige Produkte weit über jenen des benachbarten Auslandes. Im Jahr 2014 haben die Kosten für Regel- und Ausgleichsenergie die Marke von 200 Millionen Euro durchbrochen und sind damit mehr als doppelt so hoch wie noch vor drei Jahren. Die Aufwendungen in Österreich liegen im Vergleich zu Deutschland und Schweiz noch immer mehr als 50 % bzw. 70 % höher. Wie bereits in der Vergangenheit oftmals angemerkt, ist aus Sicht der IG Windkraft eine positive Gestaltung der Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Markt überfällig.

Bezüglich einer etwaigen Änderung der 78/22 Regelung wird festgehalten, dass dadurch eine weitergehende Belastung der Erzeuger, insbesondere der Ökostromerzeuger, unbedingt vermieden werden muss.

FAZIT: Das Systemdienstleistungsentgelt für Erzeuger muss abgeschafft werden. Eine Ausweitung auf Erzeuger unterhalb der 5 MW-Schwelle wird abgelehnt. Sollte das Entgelt dennoch weiterhin beibehalten werden, ist durch eine proaktive Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Ausgleichs- und Regelenergiemarkt eine Reduktion der Kosten anzustreben.

3. Anschlussentgelte

Hinsichtlich Anschlussentgelte empfiehlt das Konsultationsdokument die Abschaffung des Netzbereitstellungsentgeltes und die Erweiterung des Netzzutrittsentgeltes um einen einmaligen, pauschalen Anteil.

In diesem Punkt gibt es zahlreiche offene Fragen.

Grundsätzlich ist jedenfalls zu gewährleisten, dass auch zukünftig das NZE und/oder NBE transparent und nachvollziehbar sind, vgl. dazu § 54 EIWOG 2010: § 54. (1) Durch das Netzzutrittsentgelt werden dem Netzbetreiber alle angemessenen und den marktüblichen Preisen entsprechenden Aufwendungen abgegolten, die mit der erstmaligen Herstellung eines Anschlusses an ein Netz oder der Abänderung eines Anschlusses infolge Erhöhung der Anschlussleistung eines Netzbenutzers unmittelbar verbunden sind. Das Netzzutrittsentgelt ist einmalig zu entrichten und dem Netzbenutzer auf transparente und nachvollziehbare Weise darzulegen. Sofern die Kosten für den Netzanschluss vom Netzbenutzer selbst getragen werden, ist die Höhe des Netzzutrittsentgeltes entsprechend

zu vermindern. (2) Das Netzzutrittsentgelt ist aufwandsorientiert zu verrechnen, wobei der Netzbetreiber eine Pauschalierung für vergleichbare Netzbenutzer einer Netzebene vorsehen kann.

Unklar ist, ob der pauschalierte Anteil von der Behörde verordnet oder vom Netzbetreiber ermittelt und direkt vorgeschrieben würde? So wäre es bedenklich, wenn der Netzbetreiber den technischen Anschlusspunkt und auch noch den erforderlichen Netzausbau direkt für den Netzbenutzer festlegt – eine Nachvollziehbarkeit wäre hier nicht gegeben. Unklar ist auch, was mit der Anmerkung auf Seite 45 gemeint ist, mit dem derzeit in einigen Netzbereichen schon pauschal verrechneten Netzzutrittsentgelten wäre dieser neue pauschalierte Anteil nicht zu vergleichen, dieser Anteil würde additiv zum aufwandsorientiert verrechneten Anteil dazugerechnet. Was alles könnte dann wofür verrechnet werden? Hier wäre es ehrlicher und aufgrund der Anforderung an Transparenz und Nachvollziehbarkeit geboten, ein NBE für Erzeuger einzuführen.

Zu berücksichtigen ist, dass das bisherige NBE eine Sozialisierung der Kosten darstellt, also räumlich entlegene Netzbenutzer nicht für den vollständigen Netzausbau zahlen müssen. Dieser Punkt würde aufgegeben werden und würde der Stromversorgung in dünner besiedelten Gebieten entgegenwirken. Eine solche Sozialisierung wäre grundsätzlich auch im Falle der Einhebung von Erzeugern angemessen und erfolgte in der Vergangenheit auch in der Praxis, weil die großen Kraftwerke nicht mit Kosten für den Ausbau der vorgelagerten Netze belastet wurden.

Tatsache ist, das Windenergieerzeuger in Niederösterreich und im Burgenland seit 2003 aufgrund vertraglicher Regelung zum Ausbau und zur Verstärkung der vorgelagerten Netze durch pauschalierte Zahlungen beitragen und so Beträge im dreistelligen Millionenbereich für den Ausbau der Netze aufgebracht wurden. Eine Veränderung der geltenden Rechtslage dahingehend, dass zusätzlich dazu das NZE noch um einen pauschalierten Anteil erweitert wird, ist jedenfalls abzulehnen.

Erwähnenswert ist hier der Hinweis auf Seite 43: „Sofern nur das Netzbereitstellungsentgelt abgeschafft werden würde und es zu keinen weiteren Änderungen bei den Anschlussentgelten kommt, wäre jedenfalls darauf zu achten, dass das Netzzutrittsentgelt nicht fälschlicherweise als Ersatz für das Netzbereitstellungsentgelt missbraucht werden kann.“

FAZIT: Beibehaltung der Rechtslage. Eine Veränderung der geltenden Rechtslage dahingehend, dass zusätzlich zu den von den Windenergieerzeugern geleisteten pauschalen Zahlungen für den Ausbau der vorgelagerten Netze das NZE noch um einen pauschalierten Anteil erweitert wird, ist jedenfalls abzulehnen. Auch die Einführung von Netzbereitstellungsentgelt für Erzeuger wird abgelehnt.

4. Keine Einbeziehung der Erzeuger ins Demand-Side-Management

In Zusammenhang mit Demand Side Management erwägt das Konsultationsdokument, Einspeisern unterbrechbare Tarife anzubieten, damit könnte der Netzbetreiber auch Erzeugung abschalten, um den Netzbetrieb ordnungsgemäß abzuhalten.

FAZIT: Keine Berücksichtigung von Einspeisern im Demand-Side-Management

5. Reduktion der Belastung von Speichern mit netzseitigen Entgelten

Die geltende Rechtslage sieht einen Sondertarif für Pumpstrom vor. Diese Möglichkeit sollte auf alle Stromspeichertechnologien ausgeweitet werden, also auch auf Power-To-Gas oder Batteriespeicher. Das Consentec/Bogner Gutachten empfiehlt eine Reduktion der Belastung von Speichern mit netzseitigen Entgelten. Unter Berücksichtigung einer weiteren Kostendegression bei Speicherlösungen und einer vermutlich steigenden Nutzung dieser Technologien muss davon ausgegangen werden, dass diese auch netzdienlich sein können. In einem frühen Stadium der Technologieentwicklung ist eine ungerechtfertigte Kostenbelastung definitiv schädlich für die Technologiediffusion.

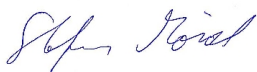
FAZIT: Ausweitung des Sondertarifs für Pumpstrom auf alle Speichertechnologien.

6. Ausnahme für Ökostromanlagen beim Netzverlustentgelt und SDLE gefordert

Sollte es zu keiner Abschaffung der G-Komponente kommen, sollte zur Sicherung der sauberen Ökostromerzeugung eine Ausnahme für Ökostromanlagen geschaffen werden.

Wir ersuchen Sie um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen und weitere Gespräche sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Stefan Moidl
IG Windkraft Österreich